

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Die Arbeitspflicht der Frauen.

Der Gesetzentwurf über den Vaterländischen Hilfsdienst legt davon ab, eine Arbeitspflicht in der Art, wie sie für männliche Arbeitskräfte vorgesehen ist, auch für die Frauen zu begründen. Im Haushaltsausschuß des Reichstags hat das der Staatssekretär des Innern, Dr. Helfferich, damit begründet, daß die Zahl der arbeitssuchenden Frauen immer noch regelmäßig die der vorhandenen offenen Stellen übersteige. Schon wegen dieser Lage des Arbeitsmarktes erweise eine Zwangsorganisation der Frauen nicht erforderlich. Tatsächlich ist gegenwärtig immer noch eher ein Ueberangebot als ein Mangel an ungehobten weiblichen Arbeitskräften vorhanden. Trotzdem erheben sich von den verschiedenen Seiten Stimmen, die zur Ausdehnung der Arbeitspflicht auf die Frauen auffordern.

Allen voran in der Betonung der Notwendigkeit des Arbeitszwanges für die Frauen marschieren die Vertreter der Landwirtschaft. Ihnen liegt vor allem die zwangsweise Beschaffung von weiblichen Arbeitskräften für die Landwirtschaft am Herzen, da sie bei den bekannten Arbeitsverhältnissen auf dem Lande nur schwer die nötigen Arbeitskräfte beschaffen können. Mit der Schwierigkeit der Beschaffung der Arbeitskräfte für die Landwirtschaft sind aber die Gründe für das Verlangen nach dem Arbeitszwang für die Frauen durchaus nicht erschöpft, der Landwirtschaft fehlen ja genau wie der Industrie und der ganzen Volkswirtschaft vor allem die geschulten Arbeitskräfte. Wie bei dem Gedanken des Vaterländischen Hilfsdienstes überhaupt, so spielt auch bei der Forderung seiner Ausdehnung auf die Frauen die Unterstützung eine ganz erhebliche Rolle. Wie man die arbeitslosen Textilarbeiter usw. zwangsweise beschäftigen will, wodurch Beiträge für die Unterstützung gespart werden, so wollen die Befürworter des Dienstzwanges für die Frauen die Summen der Kriegsfamilienunterstützung beschränken. Als Sprecher der Konserwativen hat das im Haushaltsausschuß des Reichstags Abg. v. Westarp deutlich ausgesprochen. Er machte die Gewährung der Familienunterstützung an die Kriegsfamilien für den Mangel an Arbeiterinnen in der Landwirtschaft verantwortlich. Deshalb solle die Unterstützung dann verweigert werden, wenn die Kriegsfrauen auf dem Lande Arbeit finden könnten, sie aber nicht annehmen wollten. Noch deutlicher wurde der Reichsminister v. Camp. Ohne die Ausdehnung des Arbeitszwanges auf die Frauen läme die Landwirtschaft nicht aus. Durch die Kriegsunterstützung seien viele Familien in eine so günstige Lage gekommen, daß die Frauen nicht zu arbeiten brauchen und auch nicht arbeiten wollen.

Auch die Vertreter anderer bürgerlicher Parteien haben den Arbeitszwang für die Frauen verlangt. Dr. Freund hat im Berliner Tageblatt einen Artikel dafür geschrieben. Es besteht also die Möglichkeit, daß die Regierung bei einem derzeitigen Beschluß des Reichstags diesem Verlangen zustimmt. Dieser Gefahr muß dringend entgegengearbeitet werden. Bei dem Arbeitszwang, den die Konserwativen und die ihnen gesinnungsverwandten Kreise wünschen, handelt es sich nicht um die Verpflichtung jeder arbeitsfähigen weiblichen Person, zu arbeiten, sondern nur um einen Zwang für die Kreise der minderbemittelten Bevölkerung, die Kriegsunterstützung beziehen oder ohnedies von ihrer Hände Arbeit leben müssen. Zur Begründung des Arbeitszwanges für die Frauen ist nicht mit einem Worte auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, die müßiggeliebenden Damen des Bürgertums zur Arbeit im Interesse der Allgemeinheit anzuhalten, auch nicht auf die Notwendigkeit, auf die zahlreich von ihnen zu ihrer eigenen Bedienung beschäftigten Arbeitskräfte zu verzichten. Für einen solchen Arbeitszwang würden sich diese Kreise denn auch bestens bedanken. Im Gegenteil. Um die Befürchtungen besitzender Kreise gegen den Arbeitszwang für die Frauen zu zerstreuen, sucht man sie damit zu beruhigen, es sei nicht geplant, „eine junge Dame aus dem Tiergartenviertel als Kuhmagd auf ein pommerisches Landgut zu verpflanzen“, wie Herr Dr. Freund im Berliner Tageblatt schreibt.

Bei dem Arbeitszwang für die Frauen denkt man also anscheinend nur an die proletarischen Frauen. Sie sind aber schon durch ihre Beschäftigung zur Erwerbsarbeit gezwungen, und wie die überaus schnelle und fortdauernde Zunahme der Frauenarbeit in allen Erwerbszweigen beweist, bedarf es durchaus nicht eines gesetzlichen Zwanges, um diese Frauen zur Arbeit zu veranlassen. Man sorge für ausreichende Bezahlung, die den heutigen Unterhaltskosten entspricht, für gute sanitäre Einrichtungen und kurze Arbeitszeit, die den Frauen auch die Besorgung ihrer Hauslichkeit ermöglicht, und man wird selbst bei vielfach gesteigertem Bedarf so viele weibliche Arbeitskräfte erhalten wie man benötigt. Aber wie die Bestrebungen der Konserwativen zeigen, will man vor allem die Kriegsfrauen, die mit der großen Kriegsunterstützung auszukommen veruchen, zur Erwerbsarbeit zwingen, um ihnen dann die Unterstützung entziehen zu können. Das aber ist ein sehr bedenkliches Mittel. Kriegsfrauen, die von ihrer Kriegsunterstützung leben wollen, haben in der Regel neben ihrer Hauslichkeit auch noch Kinder zu versorgen. Sie leisten also schon Dienste im Interesse der Allgemeinheit, während manche Damen

der wohlhabenden Kreise, ohne selbst zu arbeiten, nicht nur für ihre Kinder, sondern auch für sich noch Dienstboten halten. Die Kriegsunterstützung reicht aber in den seltensten Fällen zu der Bestreitung der Lebenskosten einer mehrköpfigen Familie. Deshalb suchen die Kriegsfrauen Beschäftigung und tragen dann zur Bärde der Erwerbsarbeit auch noch die mannigfachen Lasten und Sorgen des Haushalts. Anstatt diese Leistung anzuerkennen und die Bereinigung von Erwerbs- und Hausarbeit zu fördern, werden diese Frauen für ihre Aufopferung benachteiligt, indem ihnen die Unterstützung ganz oder teilweise entzogen wird. Die Erwerbsarbeit aber bedingt höhere Ausgaben für Kleidung und die notwendige bessere Ernährung sowie für die Wartung der Kinder Aufwendungen, die den Arbeitsverdienst leicht auf die Höhe der Unterstützung herabdrücken. Somit sind die Hoffnungen betrogen, durch die Erwerbsarbeit zu einer besseren Lebenshaltung für sich und die Kinder zu kommen, es bleibt nur vermehrte Arbeit und Sorge. Ist es bei solch unsozialer Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen zu verwundern, daß sich die Kriegsfrauen lieber mit den großen Unterstellungen behelfen?

Will man die Frauen, insbesondere die Kriegsfrauen, mehr als bisher zur Erwerbsarbeit heranziehen, so sorge man dafür, daß ihnen die Kriegsunterstützung nicht gekürzt wird und schaffe Einrichtungen, die die ihnen die Last des Haushalts erleichtert und die Sorge für die Wartung der Kinder genommen wird. Eines gesetzlichen Zwanges bedarf es dann in keiner Weise.

Weibliche Arbeitskräfte im graphischen Gewerbe.

Eine Folge der Einberufungen zum Seeresdienst ist die Verminderung der der Industrie zur Verfügung bleibenden Arbeitskräfte. Kein Wunder also, wenn versucht wird, die freien Plätze durch Arbeiterinnen auch dort zu besetzen, wo es bis vor dem Kriege nicht üblich war, sich weiblicher Arbeitskräfte zu bedienen. Im Buchdruckgewerbe waren Arbeiterinnen bislang nur für Hilfsarbeiten zugelassen, der Verband der Buchdrucker kennt daher auch keine weiblichen Mitglieder, da für die Hilfsarbeiterinnen eine besondere Organisation besteht. Der andauernde Gehilfenmangel hat aber nun dazu geführt, daß vom Tarifamt der ausnahmsweisen Zulassung ungelehrter Ersatzkräfte stattgegeben werden mußte. Es sind die Vorbedingungen, unter welchen solche Ersatzkräfte eingestellt werden dürfen, genau fixiert, ebenso sind Bestimmungen über die Dauer der Ausbildungszeit und der Entlohnung während und nach der selben vom Tarifamt festgesetzt.

Der gleiche Vorgang ist im Chemigraphengewerbe zu verzeichnen. Auch hier ist tarifamtlich die Heranziehung weiblicher Arbeitskräfte zu früher nur von Gehilfen ausgeführten Verrichtungen zugelassen worden. Die Einstellung von Arbeiterinnen soll statthaft sein, wenn sich auf den berufswandten Gewerben männliche Ueberläufer nicht mehr finden. Werden Frauen angeleert, so sollen zunächst solche Kollegenfrauen bevorzugt werden, deren Männer zum Seeresdienst eingezogen sind.

Die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde.

Wie diesem Thema beschäftigte sich vor kurzem eine Konferenz der weiblichen Funktionäre in Groß-Berlin, zu der auch Genossinnen zugezogen waren, die bereits in kommunalen Ämtern tätig sind. Die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frauen auf kommunalem Gebiete sei heute nicht mehr zu begründen, der Krieg habe diese Arbeit zu einer für die Allgemeinheit unentbehrlichen gemacht; es handelt sich jetzt nur darum, eine gesetzlich zulässige Form zu finden. Von der Berliner Stadtverordnetenversammlung werde ein Antrag beraten, der die Zuwahl von Frauen in die verschiedenen Deputationen und Kuratorien fordert. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß die städtischen Vespörden die Wahl von Frauen als Bürgerdeputierte beschließen werden und es sei notwendig, sich baldigst nach geeigneten Frauen umzusehen. An der Hand der gemachten Erfahrungen, welche die Genossinnen gemacht haben, die bereits in der Weisendeputation und in der Armenverwaltung sizen, wurde die Möglichkeit der Mitarbeit der Frauen in kommunalen Ämtern besonders dargelegt.

In der Diskussion wurde von einer Rednerin betont, daß sie sich keinerlei Nutzen von der empfohlenen Mitarbeit verspreche. Als Sozialistin könne sie in diesen Ämtern doch nicht wirken, könne sie dies aber nicht, so habe eine Beteiligung keinen Wert.

An einer guten Säuglingsfürsorge, um ein Beispiel zu nehmen, habe auch der Staat ein Interesse, heute mehr denn je. Dieser Auffassung wurde von allen andern Rednerinnen widersprochen. Würde man der Genossin zustimmen, so müsse man konsequenterweise jede parlamen-

tarische Tätigkeit überhaupt einstellen. Das wäre aber ein großer Schaden für die Arbeiterklasse. Man brauche die parlamentarische Mitarbeit durchaus nicht zu überschätzen, aber falsch wäre eine Unterschätzung der Tätigkeit, die auf die soziale Erhebung der erwerbsfähigen Bevölkerung innerhalb der heutigen Gesellschaft hinausläuft. Gewiß könne eine solche nur in gewissen Grenzen erreicht werden, aber eine Verelendung des Proletariats in der heutigen Gesellschaft mit verdrängten Armen zusehen zu wollen, sei der schlechteste Dienst, der der Arbeiterklasse geleistet werden könnte.

Nach Schluß der angeregten Diskussion wurde beschlossen, daß sich die Vertreterinnen der Frauen im Zentralvorstande als Kommission konstituieren, mit dem Auftrage, Vorschläge geeigneter Frauen für die in Frage kommenden Deputationen zu machen. Wer sich freiwillig für diese Ämter bereit erklären wolle, solle seine Adresse dem Verbandsbureau Lindenstraße 3 einreichen. Angeregt wurde auch, eine öffentliche Frauensammlung mit diesem Gegenstand zu befaßen; auch soll eine Liste angelegt werden aller der parteigenösslichen Frauen, die heute schon in der kommunalen Verwaltung tätig sind.

Politik ist nicht Sache der Frauen.

So werden Dir allerdings die Philister und die Rückwärtler warnend zurufen. Ist das richtig? Nein, und dreimal nein! Die Zeit ist lange, lange vorbei, in der die Frauen nur im Hause, in der Familie lebten und sich betätigten; in der sie von allem öffentlichen und politischen Leben abgeschlossen waren und unberührt blieben von den großen Fragen der Zeit. Heute arbeiten in Deutschland circa 10 Millionen Frauen und Mädchen, um sich ihr Brot selbst zu verdienen. Wir finden sie in den lärm- und staubverfüllten Fabriken und Werkstätten, in den licht- und luftarmen Kammern der Heimarbeiterinnen, auf Bauten, in Ziegeleien, in Bergwerken, sie schaffen im Sonnenbrand und bei Regenschauern, um dem Boden die Leben und Kraft spendende Nahrung abzugewinnen. Im Laden und Kontor regiert sie ihre fleißigen Hände, als Lehrerin, als Post- und Bahnbearbeiterin, sie um geringes Gehalt. Die harte Not hat sie alle aus dem schützenden Familienkreis heraus in die Erwerbsarbeit getrieben, mitten hinein in den brausenenden und stundenlang Strom des Lebens. Brutal und rücksichtslos greift die Politik auch in ihr Leben. Und da sollten sie nicht versuchen, Einfluß zu gewinnen auf die Politik? Die, je nachdem, im Guten oder Bösen sie als Arbeiterin, aber auch als Hausfrau und Mutter? Sie müßten sehr töricht sein, wollten sie sich interesse- und tatlos beiseite stellen. Schlimm genug, daß sie noch kein Wahlrecht besitzen, das sie in politischen Kämpfen als scharfe Waffe zu gebrauchen vermöchten. Aber das Recht der politischen Vereinigung besitzen die Frauen, und das müssen sie im weitesten Maße nutzen, um sich steigenden politischen Einfluß zu verschaffen und schließlich auch das Wahlrecht zu erobern.

Ich will, liebe Freundin, die Richtigkeit dieser meiner Behauptung an einigen Beispielen zeigen und ich hoffe, Dich zu überzeugen. Vielleicht bis Du eine von den 10 Millionen erwerbstätiger Frauen und mußt 9 oder 10 Stunden, vielleicht noch länger, an der Arbeitsstätte schaffen. Kommt Du heim, wartet noch das Vielreie der Hausarbeit und der Kinderpflege auf Dich und schließlich sinkt Du vor Müdigkeit fast um. Du hast vom Familienleben, von den Schönheiten der Natur, von allem, was das Leben erst lebenswert macht, bitterwenig. Wieviel hättest Du schon gewonnen, wenn Du statt zehn und mehr, nur acht Stunden täglich zu arbeiten brauchtest und den Sonnabendnachmittag ganz frei hättest. Für den gesellschaftlichen Aktivismus und den freien Sonnabendnachmittag tritt die Sozialdemokratie ein. Wäre die Zahl unserer Parteimitglieder groß genug, hätten wir die Erfüllung dieser Forderung längst erzwingen können.

Ein anderes Bild: Du selbst, liebe Leserin, Dein Gatte oder Deine erwachsenen Kinder arbeiten vielleicht an dem fassenden Nieren- und Naderwerk einer Fabrik, sie hantieren vielleicht mit scharfen Säuren oder explosiven Stoffen, oder sie sind vielleicht in einem Bergwerk der Gefahr schlagender Wetter ausgesetzt. In mannigfacher Gestalt umlauert sie täglich der Tod. Entsetzender ist die Zahl der Opfer, die ihm alljährlich auf dem Schicksal der Arbeit anheimfallen. Wurden doch im Jahre 1909 654 884 Personen an der Arbeitsstätte verwundet und 9983 getötet. 6372 Wittwen betragten den Tod ihres Gatten und 13 288 Kinder den Verlust ihres Vaters. Wieviel zerstörtes Familienglück, wieviel vernichtete Trübsinn, wieviel unglückliche Qualen und Sämergen können uns diese Zahlen. Bessere Unfallverhütungseinrichtungen, mehr Fabrikinspektoren, auch aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen die über die Schaffung und Instandhaltung dieser Einrichtungen wachen, würden viele Unfälle und viele Todesfälle infolge Verletzungen verhüten können. Daß dies geschieht, daran hast Du, liebe Leserin, ein großes Interesse, denn was gestern Deiner Nachbarin passierte, kann morgen Dich und die Deinen treffen. Doch, vielleicht bist Du gar nicht erwerbstätig, hast noch

Das Glück, Dich Deiner Familie und Deinem Haushalt widmen zu können. Hast Du deshalb weniger Interesse daran, Einfluß auf die Politik zu gewinnen? Nein, sicher nicht!

Ich frage Dich als Hausfrau, hast Du nicht ja in der letzten Zeit außerordentlich unter den hohen Lebensmittelpreisen zu leiden gehabt? Hast Du Dir nicht manche Entbehrung deswegen auferlegen müssen? Leider nur zu viel, wirst Du mir antworten. Nun wohl, so wirst Du auch wissen, daß es Zoll und indirekte Steuern sind, die vor allem die Preise für Lebensmittel in unerträglicher Weise steigern. Es verteuert uns der Zoll auf Weizenbrot das alte Brot um 6 bis 6 1/2 Pfg., der Zoll auf Fleisch 35 Pfg., auf Butter und Margarine 20 Pfg., auf Käse 15 Pfg., auf Kaffee (gebrannt) 90 Pfg., auf Tee 100 Pfg., auf Weis, Graupen und Gries 10 bis 12 Pfg. das Kilo. Salz wird um 12 Pfg. durch die Steuer verteuert pro Kilo, der Zucker um 14 Pfg., das Patet Zündholz um 15 Pfg., und so könnte ich Dir die Liste der Gegenstände noch immer, immer weiter führen, die durch Zoll oder Steuern enorm in Preise gesteigert werden. Du siehst daran, daß die Politik zu Dir in die Wohnung, in die Küche kommt, daß sie sich mit Dir zu Tische setzt und unweigerlich ihren Anteil fordert von jedem Bissen Brot und Fleisch, von edem Schmal Kaffee, Tee, Bier, den Du genießt, daß sie mit unsichtbarer Hand Dir pfennig- und schließlich markweise aus der Tasche holt, was Du und die Deinen bei schwerer und gefährlicher Arbeit erworben haben.

Wäreft Du nicht eine sehr törichte und kurzfristige Hausfrau, wolleft Du still und geduldig Deine blutigen Zinsgroßen weiterzahlen und es widerspruchslos hinnehmen, daß dadurch die Ernährung Deiner Familie verschlechtert, ihre Gesundheit gefährdet, ihre ganze Lebenshaltung herabgedrückt wird? O, gewiß. Als kluge, unsichtbare Hausfrau wirst Du mit uns ungerechte Steuerpolitik bekämpfen, die den Armen und die den innerreichsten Familien die meisten Lasten aufbürdet. Du wirst mit uns einwirken für stark nach oben steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern, durch welche die reichen, zahlungsfähigen Familien in gerechter Weise zur Steuerleistung herangezogen werden.

Wirst Du eine pflichttreue Mutter, wirst Du Dich der tätigen Anteilnahme am politischen Leben erst recht nicht entziehen können. Heute fehlt es noch an den notwendigsten gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze für Mutter und Kind. Es fehlt an obligatorischer Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung für die nicht krantenversicherungspflichtigen Arbeiterfrauen und -töchter, an obligatorischer Hebammen- und Arzthilfe bei der Entbindung, an Hauspflege für die Wöchnerinnen, an Stillsitzen für die stillenden Mütter. Und die Folge? Hunderttausende von Frauen müssen bis zum Tage der Entbindung schaffern, müssen ohne fachliche Hilfe entbinden. Tot-, Früh- und Fehlgeburten, Unterleiden der Mütter sind die Folge. 10.000 Mütter sterben jährlich im Wochenbett. 50.000 werden krank und sehr infolge der Mutterchaft. Hunderttausende von Säuglingen müssen, kaum geboren, dem Schoß der Erde übergeben werden, wenngleich die Mütter alles latzen, um ihren Liebling am Leben zu erhalten. Die unglücklichsten sozialen Verhältnisse, in denen Mutter und Kind leben müssen, wurden zum Vöder an ihm. Ausbau des Mutter- und Säuglingshauses, der Witwen- und Waisenversicherung, sind deshalb Forderungen, für die Du als Mutter mit der ganzen Glat der Begeisterung eintreten mußt, wie nur die große, allgewaltige Mutterliebe sie zu entsenden vermag.

Mit einer nicht geringeren Hingabe wirst Du für den Ausbau unseres Schulwesens wirken wollen. Willst eintritten dafür, daß der gesamte Unterricht reformiert wird, daß wir überall große, schöne, gesunde Schulhäuser und Anstalten für die Lehrkräfte bekommen, daß die Schulpflicht eingeführt, Schulärzte angestellt, Schulbücher errichtet werden usw. Alles Forderungen, die im Interesse der gesamten Schuljugend und damit auch Deiner Lieblichen erhoben werden. Und möchtest Du nicht mit Deinem Heißhute Dich dafür einsetzen, daß den wehrfähigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande sowie der Kolonialerwerbungspolitik Gehalt getan wird? Die Erfahrungen der letzten Jahre haben Dich gelehrt, daß diese Politik uns in fortgesetzter Kriegsgefahr erhält, daß sie Unsummen verschlingt, die wir durch unseren Hunger, unsere Entbehrungen aufbringen müssen. Zudem werden wichtige kulturelle Aufgaben zurückgelassen oder doch arg stiefmütterlich behandelt, weil der Militarismus von Jahr zu Jahr seine Ansprüche steigert. Erfordert er doch heute bereits 1600—1700 Millionen jährlich und neue Forderungen stehen in Aussicht.

Das stehende Heer, dem wir Gut- und Blutopfer bringen müssen, ist obendrein für die Herrschenden noch das wichtigste Beherrigungs- und Unterdrückungsmittel gegen die aufstrebende Arbeiterklasse. Bei unseren Wahlrechtskämpfen in Preußen und bei Streits (siehe Marx 10) wird es gegen uns bereitgehalten. Den Soldaten werden alsdann scharfe Patronen ausgeschüttet, damit sie auf Befehl auf Vater und Mutter schießen können. Fort mit dem stehenden Heer, her mit der Volkswehr! Das muß deshalb auch Deine Forderung sein.

Es sind nur ein paar Beispiele, die wir ganz willkürlich aus dem weiten Rahmen des politischen Lebens herausgehoben haben, aber Du wirst zugeben, daß sie ausreichen, um Dir zu zeigen, wie sehr die Frauen an der Politik interessiert sind.

Damit ist aber auch für sie das Pflichtgebot gegeben, sich um die Politik zu kümmern, politischen Einfluß zu gewinnen durch den Eintritt in die sozialdemokratische Partei, in die politische Kampforganisation der Arbeiterklasse.

Der dauernde Friede — eine Illusion?

Die aufreizende Sprache der leitenden Staatsleute und Diplomaten hat, je mehr der Krieg sich in die Länge zieht, allmählich launigeren Tönen Platz gemacht. Die Gewaltigen der Erde pochen nicht mehr auf das bloße Recht der Faust und des Besizes, sondern suchen die Völker durch die todenden Verprechungen eines dauernden Friedens und eines internationalen Rechtszustandes, der durch den Krieg herbeigeführt werden soll, für ihre Kriegsziele zu gewinnen. In einem Artikel des „Quart“ vom 12. November geht Panfilo Gentile diesen verführerischen Trugbildern der Minister und Staatsleute näher auf den Grund und untersucht, was es mit ihnen eigentlich auf sich hat. Wie oft habe man es nicht von den Leitern der kriegsführenden Staaten gehört, dieser Krieg solle der letzte Krieg sein, nie würden sie die Waffen niederlegen, als bis Garantien für einen dauernden Frieden errungen und damit die Verpflichtungen für die kommenden Generationen eingelöst seien. Wie aber will man dieses Ziel erreichen? Die Entente-politiker z. B. antworten darauf: durch die Zerrückung des furchtbaren deutschen Militarismus und durch

die Neuordnung der europäischen Karte nach dem Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen. Damit werde für Europa eine Ära der Wohlfahrt und des Glücks und ein Reich der allgemeinen Verbrüderung anbrechen.

Das aber meint Gentile, sei sicherlich eine Illusion. Selbst wenn wir die völlige Aufrichtigkeit der Entente-politiker unterstellten und annähmen, daß sie bei der Durchführung ihres Programms absolute Unparteilichkeit und Gerechtigkeit — auch gegenüber dem Besiegten — walten lassen würden, müße es noch sehr zweifelhaft erscheinen, ob jener von den Besten unter den gegenwärtigen Machthabern ersuchte Zustand herbeigeführt würde.

Ein friedlicher Zustand in Europa sehe nämlich voraus, daß jeder Konfliktstoff zwischen den europäischen Mächten verschwinden oder daß ihre Rivalitäten durch Sanktionen und Faktoren gezügelt würden, die jeden bewaffneten Zusammenstoß ausschließen. Und doch sehe man schon heute, daß durch den Sieg einer der beiden Mächtegruppen der Konfliktstoff nicht beseitigt werden, sondern daß mit der weiter vorausgehenden gewaltigen Entwicklung des Kapitalismus auch die nationalen Gegensätze an Stärke und Intensität zunehmen würden. Was ferner die Selbstbestimmung der Nationalitäten anbelangt, so sei diese innerhalb des kapitalistischen Systems für die Völker keineswegs das Endziel ihrer Wünsche, sondern nur eine Voraussetzung und ein Ausgangspunkt, aus dem weitere Ansprüche und Forderungen entspringen. Erst bilde sich ein nationaler Kern, ein Kristallisationspunkt, der Selbständigkeit erlange, von diesem gehe die Forderung der Befreiung aller Stammesgenossen aus, von hier aus schreite man immer weiter fort zu dem Anspruch der strategischen Sicherung der Landesgrenzen und realer Garantien gegen jegliche Angriffe von außen, sodann mache man noch einen Schritt weiter, verlange freie Bahn für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und nehme das Recht der nationalen Expansion und kolonialer Erwerbungen für sich in Anspruch und ende schließlich bei der Forderung, die eigene Kultur anderen Völkern aufzuzwingen zu dürfen. Was aber die sonstigen Methoden anbelangt, mit denen man den Krieg verhindern wolle, so sehe man sich umsonst nach einem einigermaßen bestimmten substantiellen Vorschlag um und suche vergeblich nach einem einigermaßen deutlicher genauer ausgeführten Bilde jenes Paradieses der politischen Redner: der internationalen Rechtsordnung. In den meisten Fällen könne man noch zurechnen sein, wenn dieselbe schließlich auf die Aufrechterhaltung jenes europäischen Gleichgewichts hinauslaufe, das sich in diesem Kriege als so schwach erwiesen habe. Wollte doch keine Macht auf ihre eigenen Ziele und die Freiheit ihrer Entschlüsse zu Gunsten eines Systems der dauernden Kontrolle verzichten. Alle Staaten zögen es vielmehr vor, sich auf ihre eigene bewaffnete Macht, das freie Spiel der Koalitionen und die Ränke der Diplomaten zu stützen, als auf das Schwert eines internationalen Kontrollorgans, das mächtig genug wäre, den Beschlüssen eines europäischen Gerichtshofs Gehör zu verschaffen.

Redaktionschluss: Dienstag früh 10 Uhr. Berichte müssen spätestens Montag früh, kurze Notizen und Depeschen bis Dienstag früh in unseren Händen sein.

Die Redaktion.

Ein Auftrag.

Von Guy de Maupassant.

(Schluß.)

Wir blieben niedergeschmettert, unfähig ein Wort zu reden, vor einander stehend. Dann sank ich auf einen Lehnhuhl und hatte nur den drängenden dumpfen Wunsch zu fliehen, und auf immer zu verschwinden. Ein krampfhaftes Schluchzen zog mir die Kehle zusammen und ich weinte, von rasender Angst hin- und hergeschüttelt, von der entsetzlichen Ahnung eines unausweichlichen Unglücks gefoltert und von jener furchtbaren Scham bedrängt, die ein Mutterherz in solch einem Augenblick peinigen muß.

Er stand verwirrt vor mir, wagte nicht näher zu treten, nicht mit mir zu sprechen, mich nicht anzurühren, aus Furcht, mein Sohn könne wiedertommen. Endlich sagte er: „Ich will ihn suchen ... ihm sagen ... ihm verständlich machen ... kurz, ich muß ihn finden ... muß mit ihm reden.“

Und er ging hinaus.

Ich wartete ... ich wartete außer mir, zitterte bei dem geringsten Laut, fuhr oft vor Angst empor, und geriet bei dem kleinen Geräusch, daß das Feuer in Ramia machte, in immer größere, unaussprechliche, unerträgliche Aufregung.

Ich wartete eine Stunde, zwei Stunden, spähte, wie in meinem Herzen eine unbekannte Furcht wuchs, eine Angst stetig, die ich dem schlimmsten Verbrecher nicht zehn Minuten lang gönnen möchte. Wo war mein Kind? Was tat es?

Am Mitternacht brachte mir ein Dienstmann einen Brief von meinem Geliebten. Ich weiß seinen Inhalt noch auswendig: „Ist Ihr Sohn zurückgekehrt? Ich habe ihn nicht gefunden. Ich bin unten, da ich zu dieser Stunde nicht zu Ihnen hinauf möchte.“

Ich schrieb mit Bleistift auf denselben Bogen: „Jean ist nicht zurückgekommen. Sie müssen ihn finden.“ Und ich wartete die ganze Nacht — die ganze Nacht. Ich wurde wie wahnsinnig, ich wollte schreien, laufen, mich auf

die Erde werfen. Und doch machte ich keine Bewegung, sondern wartete, wartete. Was hatte geschehen können? Ich suchte es zu erraten. Und doch konnte ich es mir nicht vorstellen, trotz aller Anstrengungen, trotz aller Seelenqualen.

Ich hatte nun Furcht, daß sie sich treffen könnten. Was würden sie tun? Was würde das Kind tun? Schwermütliche Zweifel, furchtbare Vermutungen folgerten mich.

Können Sie sich diese Nacht vorstellen, mein Herr? Meinen Kammermädchen, das von nichts wußte, nichts ahnte, ging unaufhörlich herein und hinaus, sie hielt mich ohne Zweifel für wahnsinnig. Zum Schluß schickte ich sie mit einem Wort oder einer herrischen Bewegung fort. Sie lief zum Arzt, der mich in einer Nervenkriese fand.

Man brachte mich ins Bett. Ich bekam ein Nervenfieber. Als ich nach langer Krankheit wieder zum Bewußtsein gelangte, bemerkte ich neben meinem Bett meinen ... meinen Geliebten ... allein. Ich schrie: „Wo ist mein Sohn?“ Er antwortete nicht. Ich stammelte: „Tot? Tot? Hat er sich getötet?“

Er antwortete: „Nein, nein, ich schwöre es Ihnen. Doch haben wir seinen Aufenthaltsort trotz aller Anstrengungen noch nicht erfahren können.“

Da rief ich, plötzlich erbittert, unwillig — man hat zuweilen dergleichen unerklärliche und unvernünftige Zornesausbrüche: „Ich verbiete Ihnen, mich wieder zu besuchen, wenn Sie ihn nicht wiederfinden. Gehen Sie!“

Er ging.

Ich habe keinen von beiden wiedergesehen, mein Herr ... und so lebe ich seit zwanzig Jahren. Können Sie sich mein Dasein ausdenken, können Sie sich die furchtbare Strafe vorstellen, diese beständige Todesqual meines Frauenherzens, dies furchtbare unendliche Warten ... das unendliche Warten ... doch mein ... bald wird es kein Warten mehr sein, denn ich sterbe ... ich sterbe, ohne einen von ihnen wiedergesehen zu haben!

Er, mein Freund, schreibt mir seit zwanzig Jahren jeden Tag: doch habe ich ihn nicht empfangen wollen, nicht

eine Sekunde lang, denn ich glaube immer, daß in dem Augenblick, in dem ich ihn wiedersehe, auch mein Sohn vor mir erscheinen müsse! Mein Sohn! — Mein Sohn!

Ist er tot? Lebte er noch? Wo verbirgt er sich? Hinter welchen Meeren, in Ländern, deren Namen ich nicht einmal kenne? ... Denkt er an mich? ... Ach! wenn er wüßte! ... Wie grausam die Kinder sind! Kann er auch nur begreifen, zu welcher furchterlichen Leiden er mich verdammt in welche Verzweiflung, in welche Qual er mich, die ich noch jung war, bis zu meinem Ende verstoßen? Ahnt er auch nur, mit welcher heißer Mutterliebe ich ihn geliebt? ... Ist dies alles nicht zu grausam?

Erzählen Sie ihm, was ich Ihnen gesagt, mein Herr und wiederholen Sie ihm meine letzten Worte: „Mein Kind, mein liebes, liebes Kind, sei nicht so hart gegen die Menschen. Das Leben ist schon brutal und wild genug. Mein liebes Kind, erinnere dich oft daran, wofür ein Dasein deine Mutter von dem Tage an, da du sie verlassen geföhrt hat. Mein liebes Kind, vergeße ihr und liebe sie nun da sie gestorben, denn sie hat die furchtbarste Last getragen.“

Sie rang nach Atem und sprach abgerissen und zitternd als steh ich Sohn, zu dem sie redete, vor ihr.

Dann folgte sie noch hinzu: „Sagen Sie ihm auch mein Herr, daß ich ... daß ich den andern ... nie wieder gesehen habe.“

Sie schwieg wieder, dann raffte sie sich noch einmal zu den zitternden Worten auf: „Verlassen Sie mich jetzt, bitte. Ich will allein sterben, da sie nicht bei mir sind.“

Und M. de Brument folgte hinzu: „Ich bin denn auch gegangen, meine Herren, aber ich heulle in meinem Wagnis wie ein Widderhund, und zwar dermaßen, daß sich mich Rutscher umdrehte, um nach mir zu sehen. Und zu denken, daß sich alle Tage ähnliche Tragödien abspielen!“

Ich habe den Sohn nicht wiedergesehen ... diesen Sohn. Denken Sie von ihm, wie Sie wollen; ich nenne ihn diesen verbrecherischen Sohn!“

